

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

(34. - teilweise vertrauliche - Sitzung am 5. April 2024)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch Herrn Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Olaf Lies zum Thema „Meyer Werft“**

Der Ausschuss beschließt, die Unterrichtung in einem **vertraulichen Sitzungsteil** zusammen mit den Mitgliedern des Unterausschusses „Häfen und Schifffahrt“ entgegenzunehmen, die dabei ein Rede- und Fragerecht gemäß § 94 Abs. 2 GO LT haben. Anschließend nimmt der Ausschuss die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sowie zur Änderung raumordnungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/2630](#)

Der Ausschuss berät über die ihn betreffenden Aspekte des Gesetzentwurfs (in der Fassung der Vorlage 16) und gibt eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT gegenüber dem federführenden Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz ab.

3. **Niedersachsen zusammen gegen das Hochwasser - die Folgen der Fluten bewältigen, Konsequenzen für die Zukunft ziehen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3373](#)

Der Ausschuss nimmt die Mitberatung auf.

Er spricht die Bitte aus, dass ihm die schriftliche Stellungnahme, um die der Ausschuss für Inneres und Sport die Landesregierung gebeten hat, für die Mitberatung zur Verfügung gestellt wird.

Außerdem bittet er den Ausschuss für Haushalt und Finanzen darum, dass ihm die Teilnahme nach § 94 Abs. 2 GO LT mit beratender Stimme an der beschlossenen Unterrichtung durch die Landesregierung in der Sitzung am 10. April 2024 ermöglicht wird.

4. **Die Errichtung von Floating-Photovoltaikanlagen einfacher und wirtschaftlicher gestalten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3546](#)

Der Ausschuss ist vom - federführenden - Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 1 GO LT gebeten worden.

Auf Antrag des Mitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Ausschuss, den federführenden Ausschuss zu bitten, seinen Mitgliedern die Teilnahme gemäß § 94 Abs. 2 GO LT mit beratender Stimme an der Sitzung zu ermöglichen, an der die Landesregierung zu dem Antrag unterrichtet wird, um in Kenntnis dieser Informationen in einer der nächsten Sitzungen die Stellungnahme zu erarbeiten.

5. **Transportbranche in schwierigen Zeiten nicht abhängen - Lkw-Maut gerecht ausgestalten!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3097](#)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen signalisiert fraktionsinternen Beratungsbedarf. Auf ihren Wunsch hin verständigt sich der Ausschuss darauf, die Antragsberatung zu vertagen.

6. **Aktiv die Trendumkehr für mehr Wohnungsbau schaffen, anstatt die Krise mit einer Landeswohnungskaufgesellschaft zu verschärfen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3036](#)

Der Ausschuss setzt auf der Grundlage der schriftlichen Stellungnahmen der Verbände (vgl. Vorlage 1 bis 5, 7 und 8) sowie der schriftlichen Unterrichtung der Landesregierung (vgl. Vorlage 6) die Beratungen fort.

Die Fraktion der CDU kündigt unter dem Eindruck der eingegangenen Stellungnahmen einen Änderungsvorschlag zu ihrem Antrag an. Der Ausschuss entspricht sodann der Bitte der antragstellenden Fraktion, bis zur Vorlage des Änderungsvorschlags die weitere Beratung zu verschieben.

7. **Technologieoffen in die Zukunft - es braucht das Aus vom Verbrenner-Aus!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3644](#)

Der Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf und klärt Verfahrensfragen.

Die Fraktion der CDU bittet darum, dass die Landesregierung in einer mündlichen Unterrichtung zu dem Antrag Position bezieht.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen kündigen die Einbringung eines eigenen Antrags an. Sie verweisen darauf, dass nach Vorlage ihres heute angekündigten eigenen Antrags mit dem Antrag der Fraktion der CDU „Zukunftssicherung und Innovation: Für eine starke Automobilindustrie in unserem Land!“ - [Drs. 19/2460](#) - und dem Antrag „Technologieoffen in die Zukunft - es braucht das Aus vom Verbrenner-Aus!“ der Fraktion der CDU drei Anträge, die die Zukunft der niedersächsischen Automobilindustrie betreffen, im Beratungsverfahren sein werden, und sprechen sich dafür aus, die Anträge zusammen zu beraten. Sie sichern die schnellstmögliche Einbringung ihres Antrags zu.

Der Ausschuss beschließt daraufhin, nach Vorlage des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen und danach die drei Anträge zusammen zu beraten.

8. **Stärkung der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen durch nachhaltiges Recycling**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3660](#)

Der Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf und bittet den Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“ um vorbereitende Beratung gemäß § 12 Abs. 3 GO LT.

9. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Sachstand der Hochwasserhilfen für Unternehmen**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU einvernehmlich zu und nimmt die Unterrichtung entgegen.